

EU-Finanzministertreffen in Luxemburg

Keine Neuverhandlung mit Athen

Die Finanzminister der Euro-Zone wollen das Griechenland-Programm nach den dortigen Wahlen auf keinen Fall neu verhandeln. Uneinig ist sich die EU über den Ausbau der Banken- und Währungsunion.

von René Höltschi, Luxemburg
12.9.2015

Es sei keine politische Neuverhandlung des Programms möglich, sagte der Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem nach der Sitzung.

Wer immer die Wahlen in Griechenland am nächsten Wochenende gewinnen wird, sollte sich keine Hoffnungen auf grundsätzliche Korrekturen an dem mit den Gläubigern ausgehandelten dritten Hilfsprogramm machen. Dies haben die Finanzminister der Euro-Zone (Euro-Gruppe) am Samstag an einer Sitzung in Luxemburg klargemacht. Ein im August vereinbartes Memorandum formuliert die wirtschaftspolitischen Auflagen für die neuen Hilfskredite im Umfang von bis zu 86 Mrd. €. Es sei keine politische Neuverhandlung des Programms möglich, sagte der Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem nach der Sitzung vor den Medien. Zugleich wies er darauf hin, dass manche Reformen ohnehin noch nicht im Detail ausformuliert seien, so dass dort noch Spielraum für Gespräche bestünde.

Zypern erhält nächste Tranche

Auf eine baldige Auszahlung der nächsten Kredittranche kann Zypern hoffen, dem 2013 ein Hilfsprogramm mit Krediten von insgesamt bis zu 10 Mrd. € gewährt worden ist. Die Euro-Gruppe begrüsst den erfolgreichen Abschluss der siebten Überprüfungsmission und hat die Auszahlung der nächsten Tranche von 500 Mio. € im Prinzip gutgeheissen. Nach Abschluss der nationalen Genehmigungsverfahren sollten die Organe des Euro-Krisenfonds ESM die Ausschüttung im Oktober formell beschliessen können. Es wird erwartet, dass der ebenfalls beteiligte Internationale Währungsfonds (IMF) gleichzeitig über die Freigabe einer eigenen nächsten Kredittranche von 125 Mio. € beschliessen wird.

Risiken teilen, Risiken senken

Nur den Auftakt eines voraussichtlich langwierigen Prozesses bildete derweil die Debatte über Reformen der Währungsunion einschliesslich der Bankenunion, die vor der Euro-Gruppen-Sitzung im Kreis der Finanzminister aller 28 EU-Staaten (Ecofin) geführt worden ist. Zwar sagte der Luxemburger Ressortleiter Pierre Gramegna als derzeitiger Ecofin-Vorsitzender nach dem Treffen, es gebe einen breiten Konsens, dass man im Euro-Raum mehr Risiken teilen könne, wenn parallel dazu jeder seine Verantwortung zur Reduktion der Risiken wahrnehme.

Wie und in welcher Reihenfolge dieser Grundsatz umgesetzt werden soll, ist aber umstritten. Die unmittelbar drängendste Frage im weiten Feld dieser Reformen ist jene nach einem gemeinsamen finanziellen Sicherheitsnetz (Backstop) für den europäischen Abwicklungsfonds (SRF), der ab dem 1. Januar 2016 innert acht Jahren aufgebaut wird und am Ende ein Volumen von rund 55 Mrd. € haben soll. Der über Bankenabgaben finanzierte SRF, ein wichtiger Teil der Bankenunion, kann zur Finanzierung der Abwicklung maroder Banken im Euro-Raum beitragen, wenn das Bail-in der Aktionäre und Gläubiger nicht ausreicht. Vor allem in der Aufbauphase könnte er aber an Grenzen stossen, sollten sehr grosse Banken in Schieflage geraten.

Eine Mehrheit der Staaten unterstützt laut Diplomaten deshalb die Idee, dem SRF als Backstop eine Kreditlinie des ESM zu gewähren und damit Vertrauen zu schaffen. Per 1. Januar wird dies aber kaum mehr möglich sein, da die Euro-Staaten hierzu den ESM-Vertrag ändern müssten. Zudem haben sich Deutschland, Finnland und mit Abstrichen die Slowakei gegen die Nutzung des ESM zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Aus ihrer Sicht müssen zunächst andere Elemente der Bankenunion umgesetzt werden, um dem Teilen der Risiken über den ESM eine entsprechende Reduktion der Risiken entgegenzusetzen. In einem mit Blick auf die Finanzminister-Sitzung erstellten Non-Paper hat das deutsche Finanzministerium sehr weitreichende Bedingungen hierfür formuliert.

Wie der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble nach der Sitzung erklärte, läuft es nun daraufhin hinaus, dass zunächst nationale Kreditlinien für die nationalen «Kammern» des SRF (die allerdings im Verlaufe seiner Aufbauphase aufgelöst werden) als Backstop dienen werden. Als längerfristige Lösung wird dem Vernehmen nach aber die Diskussion über eine Kreditlinie des ESM fortgesetzt.

Dissens über Einlagensicherung

Ähnliche Kontroversen hat die unter anderen von der EU-Kommission vertretene Idee ausgelöst, als ersten Schritt zu einer gemeinsamen Bank-Einlagensicherung im Euro-Raum eine Rückversicherung für die derzeitigen nationalen Einlagensicherungssysteme einzurichten. Auch die Diskussion darüber ist aus Schäubles Sicht verfrüht. Ähnlich äusserte sich sein österreichischer Amtskollege Hans Jörg Schelling. Das Thema ist indessen nicht vom Tisch. Selbst Schäuble scheint die «Vergemeinschaftung» der Einlagensicherung auf längere Sicht und unter bestimmten Bedingungen nicht auszuschliessen. Und die EU-Kommission will laut dem für den Euro zuständigen Vizepräsidenten Valdis Dombrovskis schon Mitte/Ende Oktober ein Papier hierzu vorlegen.

Die Flüchtlingskrise und der Stabilitätspakt

Ht. Die EU-Finanzminister haben an ihrem zweitägigen informellen Treffen in Luxemburg die EU-Kommission um eine wirtschaftliche und finanzielle Analyse der Auswirkungen der Flüchtlingskrise gebeten. Auch habe der Ratsvorsitz die Kommission eingeladen, zu prüfen, inwieweit die Krise als «ausserordentlicher Umstand» im Sinne des Stabilitätspakts gewertet werden könne, erklärte der Luxemburger Finanzminister Pierre Gramegna, dessen Land derzeit den Vorsitz im Ministerrat hat, vor den Medien.

Laut den geltenden Regeln des Pakts kann auf die Eröffnung eines EU-Defizitverfahrens verzichtet werden, wenn ein Mitgliedstaat die Obergrenze für das Staatsdefizit von 3% des Bruttoinlandprodukts ausschliesslich wegen aussergewöhnlicher Umstände überschreitet, die sich seiner Kontrolle entziehen. Gedacht ist dabei zum Beispiel an eine Naturkatastrophe. Allerdings muss die Überschreitung temporär und gering bleiben.

Ähnliche Ausnahmen sind möglich bei der Beurteilung der Konsolidierungs-Anstrengungen eines Staats mit zu hohem Defizit. Der EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici wies darauf hin, dass die Kommission bei der Bewertung der nationalen Haushalte stets auch allfällige ausserordentliche Umstände berücksichtige. Ob es überhaupt schon EU-Staaten gibt, in denen die Flüchtlingsströme derart massive Budgetfolgen haben, ist unklar.